

POLITIK Riehen vor der Gesamterneuerungswahl vom 6. Februar 2022

Eine Frage der politischen Ausrichtung

Die kommende Gemeinderatswahl ist eine Richtungswahl zwischen einem bürgerlichen Block, der Steuern senken und Ausgaben bremsen will, und einem linksgrünen Bündnis, das das soziale und ökologische Riehen gefährdet sieht.

ROLF SPIESSLER

In den vergangenen Jahren war die Riehener Gemeindepolitik von Machtdemonstrationen geprägt. Die bürgerliche Mehrheit fühlt sich im Recht, da sie auch in vielen Sachabstimmungen eine Bevölkerungsmehrheit hinter sich sieht, erfolgreich die Steuern gesenkt hat und nun folgerichtig nach Sparpotenzialen sucht, wobei sie neuerdings auch den Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich nicht mehr unangetastet lassen will, wie LDP-Einwohnerrat Thomas Strahm jüngst im Einwohnerrat ausführte.

Genau in diesem unbedingten Sparen sieht das linksgrüne Bündnis die Gefahr, dass die sozialen und ökologischen Errungenschaften der Gemeinde verloren gehen, was die Lebensqualität längerfristig für alle senken werde. Am meisten auf den Punkt gebracht hat das wohl EVP-Gemeinderätin Christine Kaufmann: «Wir wollen nicht endgültig die soziale Seele und das grüne Herz aufgeben.»

Die von bürgerlicher Seite erzwungenen Steuererhöhungen, von denen zudem vor allem die Gutverdienenden profitierten, hätten dazu geführt, dass Riehen sein Steuersubstrat nicht nutze, heisst es vom Wahlbündnis EVP/Grüne/SP. Damit habe sich die Gemeinde auch gegenüber dem Kanton in eine schwierige Verhandlungsposition manövriert, denn genau das Geld, das der Kanton der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Mehraufgaben etwa beim Schulraum oder im Sozialbereich zugestanden habe, sei nicht in diese Mehraufgaben, sondern in Steuererleichterungen geflossen. Deshalb hätten auch Begehrlichkeiten gegenüber dem Kanton keine Chancen. Bevor man ernsthaft mit kantonaler Unterstützung rechnen könne, müsse man erst jene 20 Prozent Steuerpotenzial nutzen, auf die man in Riehen im Vergleich mit dem Kanton gegenwärtig bewusst verzichte.

Das Riehen die Steuern tief halte, finden wiederum die bürgerlichen Parteien gut, weil sie den Staat so klein wie möglich und die Eigenverantwortung so gross wie möglich halten wollen. Und die, die dabei zu kurz kämen, würden vom gut geknüpften sozialen Netz dann schon aufgefangen.



Der Gemeinderat nach dem zweiten Wahlgang vom 18. März 2018 mit Daniel Albiets, Silvia Schweizer, Felix Wehrli, Hansjörg Wilde, Guido Vogel, Christine Kaufmann und Daniel Hettich.

Foto: Archiv RZ Rolf Spiessler

Blockpolitik im Parlament

Die politischen Grabenkämpfe der letzten Jahre haben zunehmend dazu geführt, dass Kompromisse kaum mehr zu erzielen waren, und wenn doch, dass diese letztlich in Referendumsabstimmungen gebodigt wurden. Während die Bürgerliche Allianz ihrer Politik selbst ein gutes Zeugnis ausstellt, die Staatsausgaben weiter herunterfahren will und vor dem «Risiko eines linksgrünen Experiments» warnt, will das linksgrüne Bündnis die bürgerliche Macht in

Gemeinderat und Einwohnerrat brechen, damit Themen, die in den letzten Jahren schon gar nicht mehr den Weg in den Einwohnerrat fanden, weil sie schon im Gemeinderat hängengeblieben oder dann im Einwohnerrat nicht zur Weiterbehandlung überwiesen worden waren, überhaupt einmal politisch diskutiert werden können.

Vor diesem Hintergrund kommt der Parlamentswahl vom 6. Februar grosse Bedeutung zu, auch wenn diese auf den ersten Blick wenig spektakulär erscheint. Alle 40 derzeit amtierenden

Einwohnerratsmitglieder – 26 Männer und 14 Frauen – streben ihre Wiederwahl an. Was nicht bedeutet, dass sich gegenüber 2018 nichts geändert hätte, denn nur 23 der heute amtierenden Parlamentsmitglieder waren schon zu Beginn dieser Legislatur mit dabei, die übrigen 17 sind im Verlauf der letzten dreieinhalb Jahre nachgerückt.

Rechnung mit Unbekannten

Die Polarität im Rat ist gross. Die Bürgerliche Allianz mit SVP (8 Sitze), LDP (6), FDP (5) und Mitte (ex CVP, 3)

Gemeinderatswahl 2022: Die elf Kandidierenden

rs. Sieben Männer und vier Frauen bewerben sich am 6. Februar 2022 für einen Sitz im Gemeinderat. Sechs der sieben Bisherigen treten wieder an. Da der Parteilose Hansjörg Wilde, der allerdings stets durch ein bürgerliches Bündnis portiert wurde, als Gemeindepräsident zurücktritt, konzentriert sich der Wahlkampf dezidiert auf das Präsidium, da dessen Besetzung ganz entscheidend sein wird für das künftige Parteienverhältnis in der Exekutive. Die Mitte, die vormalige CVP, setzt mit dem bisherigen Gemeinderat Daniel Albiets sogar voll aufs Präsidium – Albiets kandidiert innerhalb der «Bürgerlichen Allianz» von SVP, LDP, FDP und Mitte nicht für den Gemeinderat. Die Bisherigen Felix Wehrli (SVP), Daniel Hettich (LDP) und Silvia Schweizer (FDP) streben ihre Wiederwahl an und wollen zusammen mit Albiets als Präsident die bürgerliche Dominanz im Gemeinderat verteidigen. Dabei stellt sich die Frage, ob Albiets, sollte

er im Präsidiumwahlkampf schlecht abschneiden, in einem zweiten Wahlgang nicht doch noch sein Gemeinderatsmandat zu verteidigen versuchen wird und offen ist auch, ob bei einem durchschlagenden bürgerlichen Erfolg im zweiten Wahlgang ein fünfter bürgerlicher Sitz angestrebt würde und welche Partei dann zum Zug käme.

Die EVP, die Grünen und die SP wollen mit einer gemeinsamen Liste die bürgerliche Dominanz im Gemeinderat brechen und schicken neben ihren bewährten Bisherigen Christine Kaufmann (EVP) und Guido Vogel (SP) die SP-Grossrätin Edibe Gölge, den EVP-Einwohnerrat Daniele Agnolazza und den Grünen Béla Bartha ins Rennen. Zusätzlich für das Präsidium kandidieren Christine Kaufmann, die schon vor vier und vor acht Jahren auch fürs Präsidium kandidierte, und Guido Vogel, der vor acht Jahren, als er zum Gemeinderat gewählt wurde, ebenfalls Präsident-

schaftskandidat war und derzeit Vizepräsident ist.

Wohl höchstens Aussenseiterchancen auf ein Gemeinderatsmandat haben die Grünliberalen, die vor vier Jahren mit ihrer inzwischen in den Nationalrat gewählten damaligen Spitzenkandidatin Katja Christ ein sehr respektables Ergebnis erzielt hatten, die nun aber mit dem von der EVP «zugezogenen» David Moor antreten, der auch gleich fürs Präsidium kandidiert. Diese Strategie dürfte sich vor allem auf die Einwohnerratswahl auswirken, wo die GLP, die nur dank Moors Parteiwechsel 3 Sitze hält und vor acht Jahren nur 1 Sitz schaffte, sehr viel auf dem Spiel steht.

Völlig chancenlos sein dürfte die erstmalige EDU-Kandidatur für den Gemeinderat mit Judith Vera Bützberger. Die christliche Kleinpartei versuchte schon mehrmals erfolglos, einen Einwohnerratsitz zu erreichen, und tritt bei den Parlamentswahlen diesmal gar nicht erst an.

verfügt mit 22 Sitzen über eine relativ knappe absolute Mehrheit. SP (8), Grüne (2) und EVP (5) bringen es zusammen im Moment auf 15 Sitze, wobei der EVP ein Sitz mehr zustünde, da ihr eigentlich sechster Abgeordneter David Moor die Partei noch vor Beginn der Amtszeit Anfang Mai 2018 verlassen und sich zuerst als Parteiloser und neuerdings als reguläres Parteimitglied der GLP-Fraktion angeschlossen hat. Der GLP, die nun ihren «geschenkt» dritten Sitz auch regulär gewinnen und damit Fraktionsstärke behalten will, könnte bald das Zünglein an der Waage sein, wenn die Bürgerlichen nur wenige ihrer bisherigen Mandate verlieren sollten.

Handkehrum könnte die GLP in diesem Richtungskampf auch zerrieben werden, zumal sich die ehemalige CVP gerade in Riehen in den letzten Jahren von ihrer vormaligen Mitteposition hin zu einer stramm bürgerlichen Partei bewegt hat – ironischerweise just in dem Moment, als sie sich national mit der in Riehen inexistenten BDP zusammengenagt und in «Die Mitte» umgetauft hat.

Damit stellt sich nicht zuletzt die Frage, ob sich alle traditionellen Riehener CVP-Wähler in der neuen Mitte noch zu Hause fühlen – oder vielleicht auch, ob die Mitte, eventuell zulasten ihrer bürgerlichen Verbündeten, an Prozenten zulegt. Oder auch ob sich diejenigen, die sich in einer politischen Mitteposition zu Hause fühlen, vielleicht Richtung GLP bewegen werden. Auch könnte natürlich die EVP profitieren, da sie sich nach wie vor mehr als Vertreterin der politischen Mitte versteht denn als linksgrüne Partei.

Der eine oder andere Sitz kam vor vier Jahren bei verschiedenen Parteien relativ knapp zustande und nur geringfügige Änderungen können zu neuen Stimmenmehrheiten im Parlament führen. Deshalb ist der kommende Wahlgang von grosser Bedeutung – und eine seriöse Prognose kaum möglich.

Acht Parteilisten mit 232 Namen

Zur Einwohnerratswahl treten diesmal nur Listen an, die bereits im 40-köpfigen Parlament vertreten sind. Insgesamt sind es 232 Kandidierende, 143 Männer und 89 Frauen, was einem Frauenanteil von 38,4 Prozent entspricht (aktuell im Parlament sind es 35 Prozent). Eine volle Liste mit 40 Kandidierenden präsentieren die LDP (28 Männer/12 Frauen) und die SVP (28/12). Bei der GLP sind es 37 (17/20), bei der FDP 34 (23/11), bei der EVP 26 (15/11), bei der SP 20 (10/10), bei der Mitte 20 (16/4) und beim Grün-Alternativen Bündnis (Grüne/Basta/Junges Grünes Bündnis) deren 15 (6/9). Zum Vergleich: 2018 traten 240 Kandidierende auf 9 Parteilisten zur Einwohnerratswahl an.

ABSTIMMUNGEN Fünf Vorlagen am Wochenende vom 13. Februar

Primaten und Tierversuche im Fokus

rs. Eine kantonale und vier eidgenössische Vorlagen gelangen am 13. Februar zur Abstimmung. Es geht um Grundrechte für Primaten, Tierversuche, ein Tabakverbot, die Stempelsteuer und Medienförderung.

Emotional diskutiert wird die kantonale Initiative «Grundrechte für Primaten», die in der Kantonsverfassung verankern soll, dass allen nicht-menschlichen Primaten – also allen Affen, nicht nur Menschenaffen – das Recht auf Leben und körperliche und geistige Unversehrtheit gewährt wird. Welche Auswirkungen dies konkret hätte, ist umstritten. Laut Regierungsrat gälte der Passus nur für den Kanton und seine Organisationen – wie Universität oder Spitäler – und diese hielten zurzeit keine Primaten. Private Forschungseinrichtungen, der Zoo oder Tierparks wären nicht unmittelbar betroffen. Befürworter argumentieren, das geltende Tierschutzgesetz biete für die Primaten als hochintelligente, leidensfähige und soziale Wesen einen ungenügenden Schutz. Der Zoo Basel lehnt die Initiative ab,

weil die Gefahr bestehe, dass am Ende Ombudspersonen, Beistände oder Juristen ohne biologische oder medizinische Fachkenntnisse über Wohlergehen und Sicherheit von Primaten entscheiden würden.

Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert schweizweit ein Verbot von Tierversuchen. Produkte, die unter Anwendung von Tierversuchen entwickelt wurden, sollen zudem nicht mehr importiert werden dürfen. Die Initiative verlangt auch, dass Forschung, die ohne Tierversuche auskommt, mindestens dieselbe staatliche Unterstützung erhält wie heute diejenige mit Tierversuchen. Bei Annahme der Initiative gäbe es in der Schweiz keine neuen Medikamente mehr, die mit Tierversuchen entwickelt werden. Die Initianten sind der Meinung, dass Forschung und Entwicklung auch ohne Tier- und Menschenversuche möglich ist. Bundesrat und Parlament befürchten eine mas-

sive Einschränkung der Forschung und Entwicklung, was Arbeitsplätze gefährde.

Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» will Tabakwerbung generell überall dort verbieten, wo sie Kinder und Jugendliche sehen können. Das Verbot gälte auch für elektronische Zigaretten.

Gegen eine Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben wurde das Referendum ergriffen. Bundesrat und Parlament wollen die Emissionsabgabe abschaffen – eine Steuer, die Unternehmen bezahlen, wenn sie neues Eigenkapital aufnehmen, zum Beispiel durch die Ausgabe von Aktien. Bundesrat und Parlament versprechen sich mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Die Gegner befürchten höhere Steuern für das Volk, weil vor allem international tätige Grosskonzerne, Banken und Versicherungen davon profitieren würden.

Das Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien

soll mit einer stärkeren Unterstützung verhindern, dass noch mehr Zeitungen verschwinden oder Privatradios aufgeben müssen. Das Referendumskomitee sieht in der Vorlage eine Ver-

schwendung von Steuergeldern, die vor allem reichen Verlagen zugutekäme, und befürchtet, dass unabhängige Medien durch Unterstützung zu Staatsmedien würden.



Klammeraffen mit Jungtier.

Foto: Zoo Basel